

Sitzung: 7. Juni 2011

Sch/edb

Art. Nr. 2011-1308

---

**(GR.11.158-1) Standesinitiative bezüglich Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung; Bericht und Antrag der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) vom 28. April 2011; Gutheissung und Weiterleitung an die Bundesversammlung**

---

Der Rat behandelt Bericht und Antrag der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) vom 28. April 2011 samt beigefügter regierungsrätlicher Stellungnahme vom 23. März 2011.

Namens der Kommission GSW referiert deren Präsidentin, Barbara Roth, Erlinsbach. Sie votiert für die Gutheissung und Weiterleitung der Standesinitiative an die Bundesversammlung.

Der Initiativtext lautet: "Die Bundesversammlung wird eingeladen, das Bundesgesetz über die obligatorische Krankenversicherung dahin gehend zu ändern, dass die Erfüllung der Versicherungspflicht nicht nur an den Abschluss eines Versicherungsvertrages, sondern auch an die Bezahlung der Versicherungsprämien geknüpft ist."

Der Regierungsrat unterstützt den Entwurf der Standesinitiative.

Eintreten

Stillschweigend treten die Fraktionen der SVP, CVP-BDP, SP, FDP, Grüne und EVP auf die Vorlage ein.

Für die Fraktion der GLP referiert Dr. Peter Schuhmacher, Wettingen.

Für den Regierungsrat nimmt Gesundheitsdirektorin Susanne Hochuli Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Wortmeldung.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird mit 96 gegen 0 Stimmen gutgeheissen.

---

**Beschluss**

Die Standesinitiative wird gutgeheissen und an die Bundesversammlung weitergeleitet.

---

Versand:

**Schreiben**

- Schweizerische Bundesversammlung 3003 Bern (mit Text und Begründung der Initiative, Bericht und Antrag vom 28. April 2011 der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) und mit Stellungnahme des Regierungsrats)
- 

**Protokollauszug** (mit Kopie des Schreibens und Beilagen)

- Aargauische Mitglieder der Bundesversammlung
- Kommission für Gesundheit und Sozialwesen, Präsidentin Barbara Roth, Erlinsbach
- Sekretariat Kommission für Gesundheit und Sozialwesen
- Departement Gesundheit und Soziales
- Leiter Kommunikationsdienst RR
- Parlamentsdienst

Präsident

Ratssekretär